

2023.SR.0114

Dringliches Postulat Fraktion SP/JUSO (Lena Allenspach / Johannes Wartenweiler, SP): Ausserordentliche Gewinne sind der Stadt und den Konsument:innen weiterzugeben

Die höheren Preise bei Strom (plus 20 Prozent) und Gas (plus 50 Prozent) haben bereits im Herbst die Frage aufgeworfen, wie diese zusätzlichen ausserordentlichen Aufwände bei den Haushalten allenfalls zu kompensieren sind.

ewb weist in seiner Ende März 2023 veröffentlichten Jahresrechnung einen Erfolg von 69.Mio Franken aus. Damit übertrifft ewb das Vorjahresergebnis von 42.6 Mio Franken deutlich. Und dies trotz der mit dem Ukrainekrieg verbundenen Versorgungsprobleme bei Strom und Gas. Das Rechnungsergebnis von ewb weist darauf hin, dass die städtische Anstalt von den hohen Energiepreisen profitieren konnte. Die Einnahmen stiegen sowohl bei Strom als auch Gas deutlich mehr als die Ausgaben.

Die SP Stadt Bern anerkennt, dass ewb grosse Investitionen in den Umbau der städtischen Energieversorgung tätigt. Insbesondere der Ausbau des Fernwärmenetzes ist mit hohen Kosten verbunden und angesichts der Klimakrise dringend angezeigt. Als öffentlich-rechtliche Anstalt im Alleinbesitz der Stadt Bern ist die ewb jedoch nicht nur seinem Unternehmensauftrag, sondern auch der Allgemeinheit verpflichtet. Die zusätzlichen Gewinne von ewb sind wenigstens teilweise an die Bevölkerung weiterzuleiten.

Der Gemeinderat wird aufgefordert mit ewb das Gespräch zu suchen und folgende drei Möglichkeiten prüfen:

1. Abgabe an die Stadt Bern zuhanden der allgemeinen Finanzrechnung. Dies zusätzlich zu der mit dem Gemeinderat vereinbarten Gewinnabgabe von 16.2 Mio Franken. Die Mehreinnahmen der Stadt sollten eingesetzt werden, um die Kaufkraft der Bevölkerung zu stärken.
2. Zusätzliche ausserordentliche Senkung von Strom- und Gastarif für alle KonsumentInnen.
3. Kompensation der deutlich gestiegenen Strom- und Gaskosten bei besonders betroffenen Personengruppen.

Dringlichkeit: Zusätzliche Kosten bei den Haushalten und zusätzliche Gewinne bei ewb fallen jetzt an. Notwendige Massnahmen sind deshalb jetzt zu prüfen.

Bern, 11. Mai 2023

Erstunterzeichnende: Lena Allenspach, Johannes Wartenweiler

Mitunterzeichnende: Barbara Keller, Chandru Somasundaram, Laura Binz, Timur Akçasayar, Nicole Silvestri, Szabolcs Mihalyi, Bernadette Häfliger, Barbara Nyffeler, Lukas Wegmüller, Halua Pinto de Magalhães, Michael Sutter, Paula Zysset, Sofia Fisch, Valentina Achermann